

Rede von Ernst Fischer über die Besetzung Österreichs (1948)

Quelle: FISCHER, Ernst (Nationalrat). Ende der Besetzung !, Unser Kampf um Staatsvertrag und Souveränität. Wien: Stern Verlag, 1948. 23 S. (Ders Ausweg 2). p. 3-24.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_ernst_fischer_uber_die_besetzung_osterreichs_1948-de-e7875ca2-6bd2-4b80-968b-811cbff86b49.html

Publication date: 02/07/2015

Ernst Fischer auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPOe (1948)

ENDE DER BESETZUNG!

Unser Kampf um Staatsvertrag und Souveränität

Vor drei Jahren haben die Sowjettruppen Oesterreich befreit. Seit drei Jahren halten die Truppen der Alliierten Oesterreich besetzt. Die denkwürdige Tat der Befreiung ist in ein unwürdiges Regime der Besetzung übergegangen.

Die Begründungen für die Besetzung

Die militärische Besetzung und politische Ueberwachung Oesterreichs wurde damit begründet, daß es notwendig sei, die vollkommene Loslösung Oesterreichs von Deutschland durchzuführen, die Ueberreste des Faschismus und Pangermanismus auszumerzen und uns zu helfen, unsere zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen. Wir waren und sind mit diesen Zielsetzungen durchaus einverstanden — aber wenn wir uns fragen, ob das Besatzungsregime diese selbstgestellten Aufgaben gelöst hat, müssen wir die Frage klar und deutlich verneinen. Drei Jahre hätten reichlich genügen müssen, um die Proklamationen in die Tat umzusetzen, aber das Ergebnis einer dreijährigen Besetzung ist mehr als unbefriedigend.

Vollkommene Loslösung von Deutschland — wie sieht es damit aus? Wir sind zwar ein eigener Staat mit einer eigenen Regierung und Verwaltung — aber verschiedene Vorgänge in den westlichen Besatzungszonen deuten auf die Absicht hin, Oesterreich nicht vollkommen von Deutschland loszulösen, sondern im Gegenteil eine engere Verbindung mit der westdeutschen Besatzungszone herzustellen. Man kann die systematische Verlagerung der Industrie nach Westösterreich, die zunehmende wirtschaftliche Verkopplung von Westösterreich mit Westdeutschland nicht anders verstehen, als einen unheilvollen Versuch, unser Land wieder in die deutsche Sphäre hineinzuziehen, die katastrophalen Traditionen der „Ostmark“ wieder aufzufrischen. Aber noch mehr: Ein namhafter Politiker der Volkspartei, der Tiroler Landesrat Dr. Hans Camper, hat am 26. Feber einen alarmierenden Artikel veröffentlicht, in dem es heißt:

„Zunächst sei hingewiesen, daß ein scharfer Unterschied zu machen ist zwischen dem, was wir selber wünschen und dem, was jene wollen, die heute die Welt regieren, wobei dieser fremde Wille leider auch in unseren eigenen Belangen zumeist den Ausschlag gibt. Dieser fremde Wille aber ist, was das österreichische Schicksal anlangt, uns zuerst von England angedeutet worden, als man uns zu unserem Schrecken von maßgebender Seite zurief: ‚Oesterreich müsse mit einer vorübergehenden Teilung rechnen, im übrigen möge es nach dem Süden schauen!‘“

In dem Artikel heißt es weiter:

„Später hatte es fast den Anschein, als sollte Westösterreich noch weiter geteilt und da- und dorthin geschlagen werden. Alle diese Bestrebungen gehen nicht von uns aus, sondern sind der Ausdruck eine außerösterreichischen Willens...“

Sollte aber Oesterreich, was Gott verhüten möge, tatsächlich durch fremden Willen geteilt werden, dann verlangen wir für diesen Unglücksfall, daß wenigstens Westösterreich als selbständiger Staat beisammen bleibe, bis eine zukünftige Vereinigung wieder möglich wird. Wir würden uns mit aller Macht dagegen wehren, daß dieses Rumpfoesterreich unter der fadenscheinigen Begründung, es sei nicht lebensfähig, weiter zerschnitten und da- und dorthin angeschlossen würde.“

So weit also sind wir unter dem Regime der Besetzung gekommen, daß man offen von einer Zerreißung Oesterreichs, von einem Anschluß Westoesterreichs an benachbarte Staaten spricht! Die Politiker der Volkspartei sind uber die Wünsche der Westmächte wesentlich besser informiert als wir Kommunisten; wenn also einer von ihnen vor die Oeffentlichkeit tritt, um gegen die Teilungs- und Anschluplne der Westmächte zu polemisieren, verdient sein Wort die ernsteste Beachtung.

Die Besetzung Oesterreichs wurde mit der Sicherung unserer staatlichen Existenz, mit der Notwendigkeit einer vollkommenen Loslösung unseres Staates von Deutschland begründet — und jetzt erfährt man durch einen Politiker der stärksten Regierungspartei, daß die Westmächte mit Plänen spielen, Oesterreich zu zerstückeln und einzelne Stcke an Deutschland anzuschließen! Wir sagen klar und deutlich:

Schluß mit einer Besetzung, die uns nicht nur die Souveränität vorenthält, sondern die Existenz Oesterreichs als unabhängiger und einheitlicher Staat gefährdet!

Und zweitens: **Wie steht es mit der Ausmerzung faschistischer Ueberreste und grodeutscher Tendenzen**, wie steht es mit dieser Rechtfertigung des Besatzungsregimes? Es ist allgemein bekannt, daß die westlichen Besatzungszonen von Anfang an das Asyl für faschistische Kriegsverbrecher und belastete Nationalsozialisten waren. Dadurch hat sich nicht nur eine einheitliche und vernünftige Regelung der Nazifrage äußerst schwierig gestaltet, sondern daraus ergeben sich auch stndige Gefahren für Oesterreich. Es ist kein Zufall, daß sich die Zentren der neofaschistischen Verschwrung in Graz und Linz, in Salzburg und Klagenfurt befanden, daß der berüchtigte Berghofbauer Fink und seine Terrorbande sich in Steiermark etablierten, daß in den westlichen Besatzungszonen Zeitungen erscheinen, die unverhüllt faschistische Propaganda betreiben. Im Schatten der westlichen Besatzungsmächte gedeiht das giftige Schattengewchs des Neofaschismus, und die amerikanische und englische Militärpolizei entfalten zwar eine lebhaftige Tätigkeit gegen Antifaschisten, aber Faschisten haben in diesen Zonen wenig zu befürchten.

Und noch mehr: Neben den sterreichischen Faschisten finden massenhaft ausländische Faschisten in den westlichen Besatzungszonen eine gesicherte Zufluchtsttte. Ich spreche nicht von den bedauernswerten Menschen, die durch die tragische Völkerwanderung der Kriegs- und Nachkriegszeit nach Oesterreich verschlagen wurden und bereit sind, sich durch ehrliche Arbeit eine neue Heimat zu verdienen, ich spreche von jenen **faschistischen Offizieren und Landsknechten aus aller Herren Ländern, deren einziges Ziel der Krieg, deren einziger Beruf Raub und Plünderung ist; von jenen privilegierten Terrorbanden, die auf Kosten unserer notleidenden Bevölkerung schmarotzen und unter dem Schutz der westlichen Besatzungsmächte stehen. Anstatt uns von den Ueberresten des Faschismus zu befreien, hat man uns alle Ueberreste des ausländischen Faschismus aufgehalst und zwingt uns, sie zu füttern und ihrem Treiben wehrlos zuzusehen.**

Und nicht anders als mit der versprochenen Ausmerzung des Faschismus steht es mit dem versprochenen **Kampf gegen großdeutsche Tendenzen**: Man findet in den Organen der westlichen Besatzungsmächte alle antislawischen Schlagworte aus der Rumpelkammer des Pangermanismus, aber nicht ein Wort gegen großdeutsche Tendenzen. Das ist auch kein Wunder, da man ja bestrebt ist, Oesterreich in irgendeiner Form mit Westdeutschland zusammenzukoppeln und zu einem Bollwerk gegen die slawischen Nachbarstaaten auszubauen. **Das Besatzungsregime hat also nicht geholfen, faschistische Ueberreste zu beseitigen, sondern im Gegenteil: es hat zur Entstehung neofaschistischer Stimmungen und Stützpunkte beigetragen.**

Und schließlich: **Wie steht es mit der versprochenen Förderung unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues?** Wir unterschätzen nicht die tatsächliche Hilfe in der ersten Zeit der Besetzung, Hilfe gegen die drohende Hungersnot, Hilfe bei der Wiederherstellung gesprengter Brücken und zerstörter Straßen — aber heute ist die Anwesenheit der Besatzungsmächte nicht ein Vorteil, sondern ein Nachteil für unser Wirtschaftsleben. Betriebe unter militärischer Kontrolle, die meisten großen Hotels und ungezählte Wohnungen zur ausschließlichen Verfügung der Alliierten, die ungelöste Frage des deutschen Eigentums, die Nötigung, jedes Wirtschaftsgesetz dem Alliierten Rat vorzulegen, die Verquickung des inländischen Schleichhandels mit korrupten Elementen der verschiedenen Besatzungsarmeen — das alles ist keine Erleichterung, sondern eine Erschwerung unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Unsere Volkswirtschaft braucht keine Besatzungsarmeen und keine ausländischen Kontrollorgane, sie braucht die volle und ungehemmte Entfaltung aller Kräfte Oesterreichs, sie braucht gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten, sie braucht einen **österreichischen Wirtschaftsplan ohne fremde Ratgeber und Drahtzieher**.

Sämtliche Begründungen für die Notwendigkeit eines Besatzungsregimes sind also hinfällig geworden: Das Besatzungsregime entspricht in keiner einzigen Frage den Interessen Oesterreichs. Es ist nicht nur überflüssig, sondern es ist eine Last und Plage, es ist ein Hemmnis der inneren Entwicklung, ein Hemmnis aller fortschrittlichen und aufbauenden Kräfte in Oesterreich. Es gibt für die Besatzungsmächte keinerlei Rechtfertigung, die Besetzung auch nur einen Tag länger aufrecht zu erhalten.

Die Vorgeschichte des Staatsvertrags

Unabweisbar erhebt sich also die Frage: **Warum ist Oesterreich drei Jahre nach der Befreiung noch immer kein souveränes, sondern ein besetztes Land?** Wo liegen die Ursachen dieser empörenden Verzögerung? Und was können, was müssen wir tun, um endlich die fremden Truppen und Machthaber loszuwerden, um endlich als freies Volk durch eigene Kraft unser Schicksal zu gestalten?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir die wichtigsten Etappen des Ringens um die Souveränität Oesterreichs in unser Gedächtnis zurückrufen. Das Sowjetkommando hat unmittelbar nach der Befreiung Wiens nicht nur die Bildung demokratischer Parteien und Organisationen mit allen demokratischen Freiheitsrechten zugelassen, sondern auch die Errichtung eines eigenen österreichischen Staates, einer eigenen österreichischen Regierung weitestgehend unterstützt. Die aus einer Vereinbarung der drei demokratischen Parteien hervorgegangene Regierung Renner wurde von der Sowjetmacht sofort als Regierung anerkannt, ihr Recht der Gesetzgebung und der Administration war ungleich weniger eingeschränkt als heute das Recht des Parlaments.

Wesentlich anders war die Haltung der Westmächte gegenüber der neuerstandenen Republik Oesterreich: Doktor Renner und seine Regierung wurden in England und Amerika heftig angegriffen; und als die Armeen der Westmächte einmarschierten, erklärten sie kategorisch, sie seien nicht als Befreier, sondern als Sieger nach Oesterreich gekommen. In den Besatzungszonen der Westmächte wurden Militärregierungen eingesetzt und Verordnungen proklamiert, die das österreichische Volk auf die Stufe eines Kolonialvolkes herabdrückten. Die politischen Parteien konnten sich in diesen Zonen nur mehr oder minder „illegal“ organisieren, keinerlei politische Tätigkeit wurde gestattet, die Militärregierungen errichteten ein diktatorisches Regime.

Die Westmächte betrachteten Oesterreich nicht als befreites Land, sondern als eroberte Kolonie, und nur die Sowjetunion kämpfte hartnäckig für die Realisierung der Moskauer Dreimächteerklärung über die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Oesterreich. Wenn die Reaktion von den Potsdamer Vereinbarungen spricht, dann meint sie nur die Vereinbarungen über das deutsche Eigentum; sie möchte in Vergessenheit bringen, daß Stalin es war, der in Potsdam die grundsätzliche Anerkennung Oesterreichs und seiner Staatsregierung durchsetzte. In der offiziellen Verlautbarung der Potsdamer Konferenz heißt es wörtlich:

„Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, der die Ausdehnung der Autorität der österreichischen Provisorischen Regierung auf ganz Oesterreich vorsieht. Die drei Regierungen vereinbarten, daß sie bereit seien, diese Frage zu behandeln, sobald die britischen und amerikanischen Streitkräfte in Wien einrücken.“

Auch nach dem Einrücken der Engländer und Amerikaner in Wien verzögerte sich die Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die Westmächte. Es war vor allem Großbritannien, das sich der Anerkennung hartnäckig widersetzte. Erst am 20. Oktober 1945 wurde die Regierung Renner von den vier Alliierten anerkannt. Die Sowjetregierung faßte nun den Entschluß, die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich aufzunehmen, der Sprecher der amerikanischen Staatsdepartements jedoch erklärte: „Wir denken nicht einmal daran, jetzt einen diplomatischen Vertreter zu ernennen!“ Auch London trat nicht in diplomatische Beziehungen zu Oesterreich. Nur die Sowjetunion war ernsthaft bemüht, die Souveränität Oesterreichs so schnell wie möglich wieder herzustellen.

Die Haltung der Westmächte änderte sich im Zusammenhang mit den Besprechungen über die österreichische Erdölindustrie. Wie bekannt, wurde der Sowjetunion in Potsdam durch einmütigen Beschluß der Großmächte das Recht übertragen, das deutsche Eigentum in Ostösterreich in ihren Besitz zu nehmen. Die Sowjetunion machte zunächst von diesem Recht keinen Gebrauch, sondern bot der österreichischen Regierung an, eine österreichisch-sowjetische Erdölgesellschaft zu konstituieren und mit je fünfzigprozentiger Beteiligung die Erdölindustrie in Oesterreich zu übernehmen. Die Verhandlungen gestalteten sich anfangs positiv, plötzlich aber erklärten die Sprecher der Volkspartei und der Sozialistischen Partei, das Angebot sei unannehmbar, da Oesterreich nicht das Recht habe, über ausländische Kapitalsinteressen in der Erdölindustrie selbständig zu entscheiden. Es war schon damals offenkundig, daß diesem Umschwung eine Intervention der Westmächte hinter den Kulissen vorangegangen war und daß **sich nicht nur die Volkspartei, sondern auch die Sozialistische Partei auf das westliche Kapital orientierte. Es ging jetzt nicht mehr um Souveränität, es ging um die Interessen des westlichen Kapitals in Oesterreich.**

Von diesem Zeitpunkt an machten die Parteivorstände der Volkspartei und der Sozialistischen Partei in ihrer gesamten Politik und Propaganda Front gegen die Sowjetunion. Das zeigte sich schon in der Wahlbewegung und drängte sich nach den Wahlen immer massiver in den Vordergrund. Die Politik der einseitigen Westorientierung begann mit einer Reihe von Mißerfolgen. Der schmerzlichste Mißerfolg war der Verlust Südtirols. Der österreichische Außenminister und seine Parteifreunde hatten die Illusion genährt, die Westmächte würden Oesterreich in seiner berechtigten Forderung nach den deutschsprachigen Gebieten Südtirols unterstützen, aber die Westmächte dachten gar nicht daran, einen solchen Preis zu bezahlen. „Italien hat sich die Ueberfuhr verdient!“, sagte der britische Außenminister Bevin mit kaltem Zynismus, und Südtirol wurde von den Westmächten zu Italien geschlagen.

Die Staatsvertragsverhandlungen

Im Jänner 1946 wurde zum erstenmal die Frage eines Staatsvertrages für Oesterreich aufgeworfen. Schon damals wünschte das österreichische Volk vor allem den möglichst schnellen Abzug der Besatzungstruppen. Der Bundeskanzler Figl jedoch erklärte am 29. Jänner 1946, eine starke Verminderung der alliierten Streitkräfte könnte für Oesterreich katastrophale Folgen haben; und einige Monate später, am 5. Mai 1946, sagte der Bundespräsident Dr. Renner, Oesterreich könne ohne Besatzungstruppen nicht auskommen. Seine Grenzen seien bedroht und es bestehe die Möglichkeit innerer Unruhen; aber, so fügte er hinzu, 30.000 Mann würden genügen. Der Bundespräsident hatte schon am 21. März von diesen 30.000 Mann gesprochen und vorgeschlagen, diese 30.000 Mann in Kärnten zu konzentrieren. Kärnten war schon damals englische Besatzungszone und England war schon damals daran interessiert, seine Truppen nicht aus Oesterreich zurückzuziehen.

Ueber den künftigen Staatsvertrag wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1946 sehr viel geredet und geschrieben, aber nicht konkret und nutzbringend, sondern in einer Atmosphäre lärmender, parteipolitischer Agitation, die Oesterreich nicht um einen Schritt vorwärtsbrachte. Es war vor allem die Führung der Sozialistischen Partei, die durch eine systematische Russenhetze nach billiger Popularität haschte, die schallende Appelle an das Weltgewissen und ähnliche sagenhafte Institutionen richtete, anstatt verantwortungsbewußt nach einem Weg zu suchen, das Besatzungsregime abzukürzen und eine Verständigung über Oesterreich herbeizuführen.

In einzelnen Zeitungen wurde inoffiziell und auszugsweise ein amerikanischer Vorschlag zum Staatsvertrag

veröffentlicht, aber die Vereinigten Staaten von Amerika haben diesen Vorschlag im entscheidenden Augenblick wieder zurückgezogen. Die veröffentlichten Absätze dieses amerikanischen Vorschlags waren auf agitatorischen Effekt berechnet, die nichtveröffentlichten Absätze enthielten Bestimmungen, die mit der Stellung eines souveränen Staates unvereinbar sind.

Die Frage des österreichischen Staatsvertrags gewann erst auf der Pariser Konferenz der Außenminister im Juli 1946 klarere Konturen, als der Außenminister der Sowjetunion Molotow den Antrag stellte, die faschistischen DPs aus Oesterreich auszuweisen und die stellvertretenden Außenminister zu beauftragen, mit der Vorbereitung des österreichischen Staatsvertrags zu beginnen, sobald die Vertragsentwürfe mit den ehemaligen Satellitenstaaten Deutschlands abgeschlossen seien. Die drei anderen Außenminister erklärten sich mit dem letzten Punkt dieses Antrags einverstanden; die Ausweisung der faschistischen Ausländer aus Oesterreich hielten sie nicht für eine dringende Angelegenheit. Die stellvertretenden Außenminister wurden schließlich beauftragt, einen Vertragsentwurf vorzubereiten.

Die stellvertretenden Außenminister traten im Jänner 1947 in London zusammen. Den Beratungen wurde auch eine österreichische Delegation beigezogen, der Vertreter der drei Parteien angehörten. Das Ergebnis dieser Konferenz war eine vollkommene Klarstellung aller wesentlichen Streitfragen. Es waren dies:

die Frage des deutschen Eigentums;
die Forderung der Westmächte nach Wiedergutmachung der Kriegsschäden ihrer Staatsangehörigen;
die Ausweisung der faschistischen Ausländer, und
die territorialen Ansprüche Jugoslawiens.

Als Zentralproblem erwies sich die Frage des deutschen Eigentums, und zwar aus folgenden Gründen: Die Westmächte waren bestrebt, die Potsdamer Vereinbarungen zu durchbrechen, so wie sie die Vereinbarungen von Jalta durchbrochen hatten. Sie hatten und haben nicht das geringste Interesse an der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Oesterreichs, sondern sie wollen im Gegenteil die österreichische Wirtschaft unter ihr Kommando bringen. Wenn sie der Sowjetunion das deutsche Eigentum streitig machen, tun sie dies nicht, um Oesterreich zu helfen, sondern um sich selber in Oesterreich einzunisten, um Oesterreich dem ausländischen Kapital zu unterwerfen. Der ehemalige amerikanische Höchstkommmandierende in Oesterreich, General Mark Clark, hat wiederholt brutal ausgesprochen, daß Oesterreich dazu berufen sei, ein Bollwerk des Westens gegen den Osten zu sein, ein wirtschaftliches und strategisches Bollwerk des westlichen Kapitals gegen die soziale Ordnung eines neuen Zeitalters.

Wir Kommunisten haben immer den Standpunkt vertreten und halten ihn nach wie vor aufrecht, daß direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion zu einem für Oesterreich günstigen Ergebnis führen können; aber die österreichischen Koalitionsparteien haben niemals den ernsthaften Versuch einer direkten Verständigung mit der Sowjetunion unternommen, sie waren stets nur **die Handlanger des amerikanischen Imperialismus** und seiner Absichten in Oesterreich. Das ist die wesentliche Ursache dafür, daß die Frage des deutschen Eigentums alle anderen Fragen des Staatsvertrags überschattete.

Im April 1947 verhandelten die Außenminister der Großmächte in Moskau über den österreichischen Staatsvertrag. Dieser Moskauer Konferenz war die politische Kriegserklärung Trumans an die Sowjetunion vorangegangen, der plumpe Versuch, die Sowjetunion durch Drohungen und Erpressungen einzuschüchtern. Es war ein Versuch mit untauglichen Mitteln; er zerbrach an der kalten und stolzen Ruhe der Sowjetunion. Trotz der elektrisch geladenen Atmosphäre der Moskauer Konferenz war die Sowjetregierung bemüht, den österreichischen Staatsvertrag zum Abschluß zu bringen und dadurch Oesterreich von der vierfachen Besatzung zu befreien. Es schien einen Augenblick, als sei man über die entscheidenden Schwierigkeiten hinweggekommen, als sei die Verständigung über Oesterreich unmittelbar zu erwarten.

Wir wissen nicht genau, wer und was in letzter Sekunde diese Möglichkeit durchkreuzte und den Abschluß des Staatsvertrags vereitelte. In einer merkwürdigen Polemik nach der Rückkehr des erfolglosen Außenministers aus Moskau haben Sprecher der Sozialistischen Partei angedeutet, Amerika habe die

österreichischen Unterhändler zurückgepiffen; Gruber und Figl hingegen haben in ihrer Erwiderung zu verstehen gegeben, es seien die österreichischen Unterhändler gewesen, die eine russisch-amerikanische Verständigung über Oesterreich hintertrieben. Der Außenminister der Sowjetunion Molotow hat in seiner Rede zum Abschluß der Konferenz festgestellt, daß **die Sowjetregierung alles für eine Verständigung** über den Staatsvertrag mit Oesterreich getan hat. Die Ansprüche der anglo-amerikanischen Erdölfirmer seien das entscheidende Hindernis gewesen. Und es war Molotow, der den Antrag stellte, die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag **nicht abzubrechen**, sondern ihre Fortsetzung einer Kommission in Wien zu übertragen. Das ist ein überzeugender Beweis dafür, daß die Sowjetunion, zum Unterschied vom westlichen Kapital, wirklich an der Wiederherstellung der österreichischen Souveränität interessiert ist.

Im Mai 1947 begann die Wiener Kommission mit ihren Beratungen. Der Vertreter der Sowjetunion schlug vor, den Stier bei den Hörnern zu packen und sofort in konkrete Besprechungen über die am meisten umstrittene Frage, über die Erdölindustrie, einzutreten. Die Vertreter des westlichen Kapitals gingen darauf nicht ein, sondern verzettelten die Zeit mit endlosen Diskussionen über die Prozedur, über nichtige Fragen der Geschäftsordnung. Es zeigte sich bald, daß die amerikanischen Imperialisten und ihre Helfershelfer nur das Interesse hatten, Zeit zu gewinnen, die Beratung endlos hinauszuschleppen. Monat um Monat verging. Jedesmal, wenn man sich in irgendeinem Punkt näherzukommen schien, beantragten die Amerikaner Abänderungen und abermals Abänderungen. Die Konferenz wurde zur Karikatur, zur Verhöhnung der österreichischen Öffentlichkeit.

Die österreichische Begleitmusik zu diesem diplomatischen Possenspiel war mehr als wunderbarlich. In der ersten Juniwoche veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel, in dem sie die Meinung äußerte, Oesterreich solle einen Staatsvertrag nicht unterschreiben, da er sowieso nur ein Diktat sein werde; am selben Tag predigte der außenpolitische Sprecher der Volkspartei, Nationalrat Ludwig, eine „Politik der Geduld“, und erklärte, mit dem Staatsvertrag habe es gute Weile; am 28. September hielt Außenminister Dr. Gruber in Bregenz eine alarmierende Rede, in der er sagte, Oesterreich habe „an einem Staatsvertrag dieser Art wenig Interesse“. Kurz und gut: Anstatt energisch auf eine Beschleunigung zu drängen, unterstützten die Marionetten des amerikanischen Kapitals die Verschleppungstaktik ihrer Auftraggeber.

Die Kommission hatte nicht weniger als 85 Sitzungen abgehalten, 85 Sitzungen, um schließlich am 11. Oktober nahezu ergebnislos auseinanderzugehen. Im letzten Augenblick wurde durch den französischen General Chérière ein Vermittlungsvorschlag über das deutsche Eigentum eingebracht, der immerhin einen schmalen Ausweg zeigte. Das Wesen dieses Vorschlags bestand darin, von den endlosen juristischen Erörterungen über jeden einzelnen Betrieb abzukommen und eine Pauschalregelung anzustreben. Die Sowjetunion sollte einen bestimmten Teil der österreichischen Erdölindustrie und der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft übernehmen; das übrige deutsche Eigentum sollte gegen genau umschriebene Zahlungsverpflichtungen in den Besitz Oesterreichs übergehen. Der Vorschlag wurde schließlich von allen Großmächten als neue Verhandlungsgrundlage anerkannt und von der österreichischen Regierung lebhaft unterstützt.

Die Konferenz der Außenminister, die im Dezember 1947 in London tagte, wurde durch den amerikanischen Außenminister Marshall gesprengt. Marshall gab klar zu verstehen, daß der amerikanische Imperialismus keine Verständigung mit der Sowjetunion anstrebt, sondern die Annahme seiner Bedingungen fordert. Unter diesen Umständen konnte die Konferenz nicht anders enden als mit einem totalen Mißerfolg. Es war vor allem das deutsche Problem, über das die Konferenz nicht hinwegkam, aber wiederum war die Sowjetunion bemüht, Oesterreich aus der deutschen Problematik herauszulösen und wenigstens in der österreichischen Frage eine Vereinbarung herbeizuführen. Marshall hatte in seiner schroffen Erklärung, die das Schicksal der Konferenz besiegelte, nichts über Oesterreich gesagt; es war Molotow, der in seiner abschließenden Erklärung daran erinnerte, daß der Außenministerrat die Besprechungen über den österreichischen Staatsvertrag nicht beendet habe, und einen Beschluß herbeiführte, die Sonderbeauftragten anzuweisen, ihre Beratungen fortzusetzen. Molotow erklärte, die Sowjetunion könne zwar dem französischen Vorschlag nicht zustimmen, betonte jedoch, daß in dieser Frage Zugeständnisse der Sowjetunion möglich seien. Die Sowjetunion sei bereit, ihre Ansprüche auf das deutsche Eigentum in Oesterreich herunterzusetzen, um eine gemeinsame Entscheidung zu ermöglichen. Der sowjetische Sonderbeauftragte für den österreichischen

Staatsvertrag, Koktomow, kündigte am 17. Dezember an, er werde in kurzer Zeit konkrete Vorschläge seiner Regierung unterbreiten. Die Sonderbeauftragten faßten hierauf den Beschluß, bis spätestens 1. Feber 1948 wieder zusammenzutreten.

Die neuen sowjetischen Vorschläge wurden zeitgerecht vorgelegt. Die Sowjetunion beansprucht zwei Drittel der Erdölindustrie in Ostösterreich, 25 Prozent der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, und erklärt sich bereit, alles übrige deutsche Eigentum gegen eine Ablöse von 200 Millionen Dollar, zahlbar in zwei Jahren, der österreichischen Regierung zu übergeben. **Diese Vorschläge wurden von den österreichischen Koalitionsparteien als eine geeignete Verhandlungsgrundlage angesehen.**

Die österreichischen Kommunisten und die Sowjetvorschläge

Wir Kommunisten hätten eine andere Lösung für wünschenswert gehalten. Wir haben wiederholt vorgeschlagen, Oesterreich möge sich in direkten Verhandlungen mit der Sowjetunion über die leidige Frage des deutschen Eigentums verständigen, weil wir der Auffassung waren und sind, daß dadurch ein weit günstigeres Uebereinkommen zu erreichen wäre. An Stelle einer hohen Ablöse, die für Oesterreich und seine Wirtschaft eine drückende Belastung ist, würden wir eine sowjetische Beteiligung an industriellen Unternehmungen in Oesterreich für ungleich vorteilhafter halten, denn eine solche Beteiligung, in einer Atmosphäre vernünftiger Beziehungen und freundschaftlicher Besprechungen herbeigeführt, könnte die Produktion in ihrem vollen Umfang garantieren und ernste Sicherungen gegen die Gefahr wirtschaftlicher Krisen einschalten.

Der Gedanke einer finanziellen Ablöse des deutschen Eigentums ist von österreichischen Politikern ausgegangen. Es war zuerst Dr. Renner, der schon vor zwei Jahren mit einem solchen Plan hervortrat. Dieser Gedanke wurde in dem französischen Vorschlag aufgegriffen und nun von der Sowjetunion übernommen. Wir identifizieren uns keinesfalls mit diesem Gedanken und sind nach wie vor der Meinung, daß eine finanzielle Ablöse, auch wenn sie nicht 200 Millionen, sondern nur 100 Millionen Dollar betragen würde, für die österreichische Volkswirtschaft kaum erträglich ist. Die Verantwortung liegt jedoch ausschließlich bei den Politikern der beiden Koalitionsparteien; sie haben es hartnäckig abgelehnt, in ernstgemeinte direkte Verhandlungen über das deutsche Eigentum einzutreten, sie haben sich von Anfang an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion widersetzt, sie haben dem amerikanischen Imperialismus alle Vollmachten übertragen und auf jede selbständige österreichische Außenpolitik verzichtet, sie haben Oesterreich zu einem halbkolonialen Anhängsel der Vereinigten Staaten von Amerika herabgewürdigt. Die Sowjetunion hat schließlich aus dieser gesamten Entwicklung die Konsequenzen gezogen: Wenn die österreichische Regierung durchaus amerikanisch sein will, wenn sie den Dollar höher stellt als die grundlegenden wirtschaftlichen und staatspolitischen Interessen Oesterreichs, darf sie sich nicht wundern, daß man ihr eine Dollarrechnung präsentiert. Wir österreichischen Kommunisten werden uns freilich damit nicht abfinden. Wir kämpfen nach wie vor für eine Lösung, die den österreichischen Interessen besser entspricht als das Ergebnis der unheilvollen Politik der beiden Koalitionsparteien.

Die Westmächte wollen in Oesterreich bleiben

Man kann sich für Oesterreich wesentlich günstigere Vorschläge vorstellen als die letzten Vorschläge der Sowjetunion an die Westmächte, deren willfähriges Vollzugsorgan die österreichische Regierung ist — aber diese Vorschläge sind nun einmal da und bilden, wie auch die Sprecher der Koalitionsparteien noch vor wenigen Wochen erklärten, eine reale Verhandlungsgrundlage. Aus den Beratungen der Sonderbevollmächtigten, die in London zusammengetreten sind, um zu den sowjetischen Vorschlägen Stellung zu nehmen, geht jedoch klar hervor, daß die Westmächte nicht gewillt sind, irgend eine Verhandlungsgrundlage praktisch anzuerkennen. Die sowjetischen Vorschläge sind nicht weniger konkret als der französische Kompromißvorschlag — aber plötzlich entdecken die Sonderbevollmächtigten der Westmächte, diese Vorschläge seien nicht konkret genug, plötzlich versuchen sie, hundert nebensächliche Detailfragen aufzurollen, plötzlich trachten sie, von der Frage des deutschen Eigentums wegzukommen, von der Aufstellung und Bewaffnung einer österreichischen Wehrmacht und anderen Problemen zu sprechen.

Und schließlich wurden die Ereignisse in der Tschechoslowakei von den Westmächten zum Vorwand

genommen, um deutlicher als je zuvor zu bekunden, daß sie am Abschluß eines österreichischen Staatsvertrags überhaupt nicht interessiert sind. In einem offiziösen Kommentar des britischen Radios wurden am 27. Feber besondere Garantien gegen eine Linksentwicklung in Oesterreich gefordert, damit, so hieß es wörtlich, „nicht nach Aufhebung der Besetzung plötzlich das Gerüst der Freiheit niedergerissen werden könne“. Und laut einer Meldung der amerikanischen Agentur United Press erklärte ein prominenter Vertreter der Westmächte, es „scheine illusorisch, die Besprechungen fortzuführen, nach all dem, was sich in den Nachbarstaaten Oesterreichs abgespielt hat“. Die Verhandlungen seien „zum Scheitern verurteilt“. In westlichen Pressekommentaren wurde noch deutlicher ausgesprochen, daß nun ein Staatsvertrag und der Abzug der Truppen aus Oesterreich für die Westmächte nicht in Frage komme.

Die Regierung will keinen Staatsvertrag!

Nach einer längeren Unterredung mit dem britischen Außenminister ist der österreichische Außenminister überraschend aus London zurückgekehrt, um dem Ministerrat über die neue Situation zu berichten. Der Ministerrat hat wie eine Grammophonplatte die anglo-amerikanischen Auffassungen wiederholt und plötzlich die Frage der Grenzen und der Wehrmacht in den Vordergrund geschoben. An sich sind diese Fragen nichts Neues: Wir Kommunisten haben von Anfang an eindeutig bekundet, daß wir an den Grenzen von 1937 festhalten und daß wir das Recht eines souveränen Staates, seine eigene Wehrmacht aufzustellen, als selbstverständlich ansehen. Wenn man aber jetzt diese Fragen demonstrativ an erste Stelle rückt, obwohl gerade die österreichischen Politiker bisher die Frage des deutschen Eigentums als den Angelpunkt des gesamten Staatsvertrags betrachteten, so hat das natürlich seine tiefere Bedeutung. In dem Augenblick, in dem die Sowjetunion ihre Bereitschaft zeigt, in der Frage des deutschen Eigentums den Wünschen der Westmächte entgegenzukommen, erklärt man auf einmal: „Reden wir von etwas anderem, reden wir von der Wehrmacht, die mit amerikanischen Waffen ausgerüstet werden soll wie in der Türkei und in Griechenland!“ Das ist auch eine Methode der Verschleppung des Staatsvertrags, aber es ist noch wesentlich mehr:

Es ist die unmißverständliche Absicht des amerikanischen Imperialismus, Oesterreich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch in den antisowjetischen Marshall-Block einzubeziehen, österreichische Soldaten als Fremdenlegionäre des amerikanischen Kapitals auszubilden.

Die Ausführungen Dr. Grubers im Hauptausschuß des Parlaments, die der Oeffentlichkeit übergeben wurden, haben bestätigt und bekräftigt, daß die Westmächte und ihre österreichischen Marionetten kein Interesse am Abschluß eines Staatsvertrags, kein Interesse an einem souveränen Oesterreich haben, sondern, daß es ihr Wunsch und Wille ist, aus Oesterreich wieder eine „Ostmark“ zu machen, eine „Ostmark“ der Reaktion, der imperialistischen Welt gegen die schöpferischen Ideen eines neuen Zeitalters. Dr. Gruber hat sich ohne große Zurückhaltung als der befugte Sprecher der Westmächte aufgespielt. Er hat erklärt, die Westmächte seien zu der Ueberzeugung gekommen, daß alle Verhandlungen fruchtlos waren und daß es nötig sei, „über die entsprechende Macht an Ort und Stelle“ zu verfügen. Er hat hinzugefügt: „Die Lehre, die daraus im Westen gezogen wurde, ist, daß eine Wiederherstellung normaler friedlicher Verhältnisse weder von dieser noch von jener taktischen Verhandlungsphase oder Behandlung politischer Probleme herkommen kann, sondern nur durch die Wiederherstellung des Mächtegleichgewichts.“ Er hat in diesem Zusammenhang von dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen „Vakuum“ gesprochen, das in Deutschland entstanden sei, ein Vakuum, das, wie er sagte, „durch den Bestand der Okkupationsarmeen von ungleicher strategischer Bedeutung nur scheinbar wieder aufgefüllt wurde“. Die westliche Welt müsse durch entsprechende Machtentfaltung dieses Vakuum überwinden. Man müsse um jeden Preis die Kommunisten von der Macht fernhalten und könne dies nur, wenn die Weststaaten „jene Stärke versammeln, die es nicht geraten sein läßt, ähnliche Entwicklungen (wie in der Tschechoslowakei) in weiteren Staaten in Szene zu setzen“. Man könne daher den Staatsvertrag nur als Mittel zum Zweck betrachten. Schon früher einmal hat Dr. Gruber gesagt, daß es nicht sosehr auf den Staatsvertrag, als auf das „innere Regime“ in Oesterreich ankomme.

Dr. Gruber hat als gelehriger Papagei, als getreuer Befehlsüberbringer der Westmächte gesprochen. Der Sinn seiner Ausführungen ist absolut eindeutig: Die Westmächte wünschen nicht ein Verhandlungsergebnis, sondern sie wollen „über die entsprechende Macht an Ort und Stelle“, das heißt also, aus dem

diplomatischen Kauderwelsch in eine einfachere Sprache übersetzt, über Truppen in Oesterreich verfügen. Sie betrachten Oesterreich nicht als einen selbständigen Faktor, sondern als einen vorgeschobenen Posten ihrer wirtschaftlichen und militärischen Kernstellungen in Westdeutschland. Nicht die vollkommene Loslösung Oesterreichs von Deutschland, sondern, im Gegenteil, die wenigstens teilweise Aufsaugung Oesterreichs durch das deutsche „Vakuum“ ist ihr Ziel. Sie haben Oesterreich dazu ausersehen, ihre ungünstigen strategischen Positionen in Westdeutschland günstiger zu gestalten. Es geht ihnen nicht um die österreichische Unabhängigkeit, sondern um die „Wiederherstellung des Mächtegleichgewichts“.

Wir wollen uns nicht in Prognosen über die sogenannte „Wiederherstellung des Mächtegleichgewichts“, über die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Europa einlassen. Herr Dr. Gruber wollte offenkundig seinen verzagten Parteifreunden neuen Mut einflößen, aber wir zweifeln daran, daß seine Worte überzeugender wirken als die Tatsachen. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben die kunstvoll ausgeklügelten Pläne der Reaktion, des Imperialismus in diesem Herzstück Europas endgültig über den Haufen geworfen. In Griechenland erzittert das morsche Regime und sein ausländischer Apparat unter den Schlägen der siegreichen Volksarmee. In Italien schreitet die Volksfront voll stolz und berechtigtem Selbstbewußtsein der Wahlentscheidung entgegen. In Frankreich ist der amerikanischen Partei der Versuch der Gewerkschaftsspaltung kläglich mißlungen und neue Massen strömen in die große Kommunistische Partei.

Wir stellen sachlich und nüchtern fest: Die Darlegungen des Außenministers haben das Bild der Situation vervollständigt. Die Westmächte wünschen Oesterreich nicht zu räumen, sie wollen „an Ort und Stelle bleiben“, sie haben offenkundig trotz der augenblicklichen parlamentarischen Konstellation kein Vertrauen zur Festigkeit der österreichischen Koalitionsregierung — und die österreichischen Koalitionspolitiker beten zum amerikanischen Gott, **daß der Staatsvertrag nicht zustande kommt.**

Besonders offen spricht das der Nationalrat der Volkspartei Dr. Franz Gschnitzer in einem Artikel in den „Tiroler Nachrichten“ vom 9. März 1948 aus, wo er schreibt:

„Schließlich — last, not least — ist Oesterreich von vier Mächten besetzt, nicht mir von einer wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien oder von keiner wie die Tschechoslowakei. Ein Staatsstreich (und auf legalem Weg kann, wie oben gezeigt, die Volksdemokratie in Oesterreich nicht errichtet werden!) würde ein direkter Eingriff in die Hoheitsrechte des Internationalen Kontrollrates und jeder einzelnen alliierten Macht sein. Dies, solange wir keinen Staatsvertrag haben. Unsere relative Unfreiheit ist gegenwärtig eine Garantie gegen totale Unfreiheit. Um so sorgfältiger ist unter solchen Umständen zu prüfen, ob der Staatsvertrag alle Garantien für wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit bietet. Damit komme ich zu den gebotenen Maßnahmen. Staatsvertrag um jeden Preis wäre heute mehr denn je verfehlt und könnte dazu führen, mit dem zu bezahlen, was wir durch ihn erreichen wollen: mit unserer Freiheit.“

Aber das Volk braucht den Staatsvertrag — und wird ihn erkämpfen!

Unser Volk aber will in seiner überwältigenden Mehrheit den raschen Abschluß des Staatsvertrags, es sehnt den Tag herbei, an dem kein fremder Soldat mehr auf unserer Heimaterde steht, an dem keine fremden Machthaber mehr in unser staatliches und wirtschaftliches Leben eingreifen. **Wir wollen frei sein, uns frei bewegen, frei über unser eigenes Schicksal entscheiden!**

Das Volk ist des Wartens müde. Es will nach sieben Jahren deutscher Fremdherrschaft, nach drei Jahren Besetzung durch die Alliierten endlich einmal der Herr in seinem Haus sein. Es braucht den Abschluß des Staatsvertrags, die Wiederherstellung der vollen Souveränität, um endlich nicht mehr von fremden Soldaten behelligt, von fremder Polizei überwacht, von fremden Dienststellen kontrolliert zu sein.

Das Besatzungsregime ist unvereinbar mit demokratischer Selbstbestimmung. Es hemmt die Volksinitiative und das österreichische Verantwortungsbewußtsein. Es bietet der Reaktion, allen Saboteuren des Wiederaufbaus, der Volksernährung, des sozialen Fortschritts die Möglichkeit, die Verantwortung von sich abzuwälzen, sich hinter den angeblichen oder wirklichen Anordnungen und Maßnahmen der

Besatzungsmächte zu verstecken.

Vor allem aber wird die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse durch das Besatzungsregime in mannigfaltiger Weise beeinträchtigt. Die Einigung der Arbeiterklasse zu gemeinsamem Kampf für gemeinsame Interessen wird durch die vierfache Besatzung erschwert, die klaren Fronten zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion werden nicht selten durch die Besatzungsprobleme verdunkelt. Die Arbeiterklasse wird sich ihrer eigenen Kraft besser bewußt sein und wird sie einheitlicher und konsequenter entfalten, wenn alle Besatzungsmächte sich aus Oesterreich zurückziehen, wenn die Werktätigen unmittelbar der einheimischen Reaktion gegenüberstehen. Die Reaktion klammert sich an die fremden Schutzherren; die Arbeiter brauchen keine fremde Rückendeckung, sie sind stark genug, aus eigener Kraft die Reaktion niederzuringen. **Die Arbeiter fordern: Schluß mit dem Besatzungsregime! Freie Bahn dem arbeitenden Volk von Oesterreich!**

Wir erwarten wenig von einem Appell an die Besatzungsmächte, Oesterreich zu räumen und uns die langversprochene Freiheit wiederzugeben. Wir versprechen uns nichts von einem Appell an die Bundesregierung, an dieses gefügige Werkzeug des westlichen Kapitals, die Initiative zur Beschleunigung des Staatsvertrags zu ergreifen und durch eine kühne und unabhängige Politik die Souveränität Oesterreichs herbeizuführen. **Wir wenden uns an das Volk, wir wenden uns vor allem an die Arbeiterklasse: Rüstet euch zum Kampf für die Befreiung Oesterreichs, gegen die Saboteure der Souveränität! Es wird uns nichts geschenkt, wir müssen kämpfen, wenn wir frei sein wollen!**

Ein freies, unabhängiges Oesterreich! Das war, ist und bleibt das Kampfziel unserer Partei. Dafür haben wir gekämpft, als die Schuschniggs kapitulierten und die Pollaks die Okkupation Oesterreichs durch Hitler-Deutschland als einen geschichtlichen Fortschritt bezeichneten. Dafür kämpfen wir in dieser Stunde, in der die Regierung am Werk ist, die Souveränität unseres Landes den Wünschen des westlichen Kapitals aufzuopfern, und fremde Truppen sich anschicken, Oesterreich zu ihrem Dauerquartier zu machen. **Dafür werden wir unbeirrbar weiterkämpfen, gegen Besatzungsregime und Zerstückelung, gegen Kolonisierung und Anschluß an einen imperialistischen Mächteblock, für die Einheit und Freiheit Oesterreichs!**

Wir rufen die Partei, wir rufen das ganze Volk zu diesem großen Freiheitskampf!